

# Perspektiven für Syrer in den Flüchtlingscamps schaffen

EU-Abgeordneter Arne Lietz fordert mehr parlamentarische Kontrolle bei Umsetzung von Hilfsprogrammen in Krisengebieten

Die EU will mit einem Finanzpaket den Flüchtlingsstrom direkt in den Krisengebieten eindämmen. Mit dem Wittenberger EU-Parlamentarier Arne Lietz (SPD) sprach dazu Steffen Honig.

**Volksstimme: Zur Soforthilfe in der Flüchtlingskrise und Bekämpfung der Fluchtursachen hat die EU mehrere milliardenschwere Sonderprogramme aufgelegt, die den Nachbarländern Syriens und afrikanischen Staaten zugute kommen sollen. Was können diese Programme leisten?**

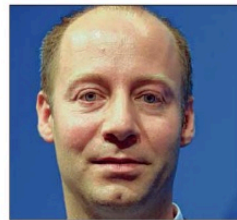
**Arne Lietz:** Insbesondere die Einigung auf ein Soforthilfeprogramm für das UN-Flücht-

lingshilfswerk und das Welt Ernährungsprogramm war dringend notwendig. Zuletzt mussten dort sogar die Essensrationen gekürzt werden. Das liegt unter anderem daran, dass Länder wie Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten ihre Beitragszahlungen für das Jahr 2015 um die Hälfte gekürzt hatten. Wir müssen jetzt darauf achten, dass das versprochene Geld auch tatsächlich überwiesen wird. Die syrischen Flüchtlinge, die in der Türkei, im Libanon und in Jordanien untergekommen sind, müssen menschenwürdig versorgt werden. Nach fast fünf Jahren Krieg brauchen sie zudem auch Perspektiven, vor allem für ihre

Kinder. Als Berichterstatter des Entwicklungsausschusses für den EU-Haushalt 2016 habe ich mich daher dafür eingesetzt, dass zusätzliche Mittel für die Schulbildung in den Flüchtlingscamps freigesetzt werden.

**Insbesondere in Afrika versickert Unterstützung oft in dunklen Kanälen. Wie soll gesichert werden, dass dies beim Treuhandfonds nicht geschieht?**

Die Europäische Union verfügt über langjährige Erfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit. In vielen Ländern setzen wir auf die Zusammenarbeit mit darin erfahrenen internationalen Organisationen,



Arne Lietz

Foto: dpa

damit die Hilfe auch dort ankommt, wo sie benötigt wird. In einer Diktatur wie Eritrea ist es unmöglich, den Treuhandfonds durch die Regierung verwalten zu lassen. Sonst besteht die Gefahr, dass die Hilfsgelder versickern oder dazu verwen-

det werden, Menschen gegen ihren Willen festzuhalten. Wir EU-Parlamentarier setzen uns für größtmögliche Transparenz ein. Dazu gehört auch eine stärkere Kontrollfunktion durch das EU-Parlament, das zurzeit bei der Umsetzung der Hilfsprogramme noch kein Mitspracherecht hat.

**Auf der einen Seite ein Sonderprogramm - auf der anderen hält Deutschland seine Verpflichtung nicht ein, 0,7 Prozent des Bruttonational-einkommens in die Entwicklungszusammenarbeit zu stecken. Was muss geschehen, damit dieser Widerspruch gelöst wird?**

Gut koordinierte und ausfinanzierte Entwicklungszusammenarbeit ist ein zentraler Baustein für eine wirkliche Bekämpfung der Fluchtursachen. Deshalb fordere ich seit langem, dass Deutschland endlich seine Selbstverpflichtung einhält, 0,7 Prozent seines Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Angela Merkel hat während des UN-Gipfels im September in New York ebenfalls dieses Ziel erwähnt, aber leider erneut keinen Zeitpunkt für die Umsetzung benannt. Ich würde mir wünschen, dass die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode dazu eine Entscheidung trifft.